

**Geschäftsführung
Bauausschuss**

Frau Weber

Telefon: (0221) 221 - 22443
Fax : (0221) 221 - 24447
E-Mail: simone.weber@stadt-koeln.de

Datum: 01.04.2014

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der 26. Sitzung des
Bauausschusses vom 31.03.2014****öffentlich****5.1 Errichtung von Flüchtlingsunterkünften in Systembauweise zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien
0759/2014**

Vorsitzende Gordes bittet Herrn Ferber, den Leiter des Amtes für Wohnungswesen, um Auskunft, wie mit dem Wunsch der Bezirksvertretung Innenstadt umgegangen werden solle. Weiterhin greift die Vorsitzende die geplante Ackerlandbebauung in Rondorf auf und zeigt sich verwundert, dass hier offensichtlich die üblichen bei Bauvorhaben zu berücksichtigenden Verfahren und Beteiligungen nicht angesetzt werden. Sie bittet um Darstellung der rechtlichen Grundlagen.

Herr Ferber führt aus, dass jedes zur Beschlussfassung stehende Grundstück zuvor in der technischen Ämterrunde besprochen worden sei. Dabei seien folgende Punkte berücksichtigt worden: 1. es geht um Maßnahmen zur akuten Gefahrenabwehr zur Vermeidung von Obdachlosigkeit, 2. es geht um eine temporäre Nutzung (mobile Elemente werden aufgestellt). Die Ämterrunde, an der auch die Bauaufsicht, Stadtplanung und das Umweltamt beteiligt seien, habe bei jedem Objekt ein positives Votum abgegeben. Zum Thema Rondorf verweist Herr Ferber auf eine derzeit intensive Diskussion auf Bezirksvertretungsebene hinsichtlich möglicher Alternativflächen.

Die Ausführungen von Herrn Ferber aufgreifend bittet Vorsitzende Gordes unter Verweis auf die Baumschutzsatzung um Auskunft, ob die Gefahrenabwehr dieses Recht breche. Sie fordert erneut, die rechtlichen Hintergründe darzulegen.

RM Brust macht darauf aufmerksam, dass die Vorlage auch im Umweltausschuss und nach seiner Kenntnis auch im Beirat der Unteren Landschaftsbehörde beraten worden sei. Nach seinen Informationen haben diese Gremien zugestimmt. Selbstverständlich seien im Falle von Baumfällungen entsprechende Ersatzpflanzungen vorzunehmen, so Herr Brust weiter.

Herr Ferber erklärt, dass das notwendige Verfahren im Zusammenhang mit erforderlichen Baumfällungen eingehalten werde. Auch die von der Bezirksvertretung geforderte Darlegung, welche Bäume konkret gefällt werden müssen, werde erfolgen.

RM Bosbach signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion zu den Vorlagen 5.1, 5.3 und 5.4. Er macht auf den hohen Druck in der Thematik aufmerksam und weist darauf hin, dass hier Standorte gefunden worden seien in Stadtteilen mit bislang geringerer Flüchtlingsquote.

SB Ruffen und Vorsitzende Gordes melden Beratungsbedarf an und bitten darum, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu schieben.

Beschluss:

Der Bauausschuss verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt